

PERIPHERIE 174/175

Palästina/Israel Zur Debatte in Deutschland

Zu diesem Heft	171
Ghassan Hage	Gaza und das bevorstehende Zeitalter des „Kriegers“	179
Ilse Lenz	Feminismus, Antisemitismus und diskursives Kapital	186
Peter Ullrich	Identität, Differenz oder Affinität Konzeptualisierungen des Verhältnisses von Antisemitismus und „Israelkritik“	204
Nils Riecken	Hochschulpolitische Strategien gegen Antisemitismus und das deutsche Politische.....	214
Alon Confino & Amos Goldberg	Vom Fluss bis zum Meer gibt es Raum für viele verschiedene Interpretationen	233
Koni Benson	Heimat schaffen, nicht sich nehmen Anti-Imperialismus und Anti-Zionismus, gesehen von Südafrika heute.....	242
Hanna Al-Taher	Deutsche Staatsräson und die Verunmöglichung Palästinensischer Realität	250
Barnett R. Rubin	Falsche und andere Erlöser Was die Befreiungsträume des Zionismus mit dem Kolonialismus zu tun haben – ein Essay zur laufenden Debatte	260
Steven Robins	Völkermord in Gaza – aus Sicht eines jüdischen Südafrikaners	277
Aram Ziai	Konflikte um Antisemitismus bei der documenta 15. Zum Abschlussbericht des Expert*innen-Gremiums.....	288
Henning Melber	Von der Omaheke bis Gaza: Namibia, Deutschland und Israel	306
Alexander Flores	Hamas und der 7. Oktober.....	322
Michael Rothberg	Holocaust-Gedenken und die Ethik des Vergleichs	339

Heike Becker	Cape Town to Berlin. Israels Krieg in Gaza, Südafrika und die strauchelnde Dekolonisierung der deutschen „Erinnerungskultur“ 344
Reinhart Köbler	Bewältigen oder Aufarbeiten? Vom Umgang mit deutscher Vergangenheit (Rezensionsartikel) 354
Moshe Zuckermann	PERIPHERIE-Stichwort: Zionismus 366
Aram Ziai	PERIPHERIE-Stichwort: Zivilisationsbruch 371

Rezensionen

Matthias Böckmann, Matthias Gockel, Reinhart Köbler & Henning Melber (Hg.): <i>Jenseits von Mbembe. Geschichte, Erinnerung, Solidarität</i> (Alexander Flores)375
Corry Guttstadt (Hg.): <i>Antisemitismus in und aus der Türkei</i> (Mahir Tokatlı).....378
Roni Mikel-Arieli: <i>Remembering the Holocaust in a Racial State. Holocaust Memory in South Africa from Apartheid to Democracy</i> (Rita Schäfer)381
Katja Lembke (Hg.): <i>Die Haifischinsel. Das erste deutsche Konzentrationslager</i> (Reinhart Köbler)383
Georg Simonis: <i>Global Governance. Entstehung – Institutionen – Analyse</i> (Wolfgang Hein).....384
Judith Kopp: <i>Fluchtursachenbekämpfung. Umkämpfte Migrationspolitik im Sommer der Migration 2015</i> (Jannis Eicker)388
Nafissa Insebayeva: <i>Modernität, Entwicklung und Dekolonisierung des Wissens in Zentralasien. Kasachstan als Anbieter von Auslandshilfe</i> (Ellen Skuza).....390
Ulrike Schuerkens (Hg.): <i>Entreprises, entrepreneurs et travail au Sénégal</i> (Dieter Neubert)392
Thomas Stölner, Uwe H. Bittlingmayer & Gözde Okcu (Hg.): <i>Anarchistische Gesellschaftsentwürfe. Zwischen partizipatorischer Wirtschaft, herrschaftsfreier Vergesellschaftung und kollektiver Entscheidungsfindung</i> (Gerhard Hauck)394
<i>Sammelrezension zu:</i>
Jasper Henning Hagedorn: <i>Bremen und die atlantische Sklaverei Waren, Wissen und Personen, 1780-1860;</i>
Marcus Rediker: <i>Das Sklavenschiff. Eine Menschheitsgeschichte</i> (Reinhart Köbler)397
Kornelia Kończal & A. Dirk Moses (Hg.): <i>Patriotic History and the (Re)Nationalization of Memory</i> (Reinhart Köbler)400
<i>Sammelrezension zu:</i>
Brigitte Studer: <i>Reisende der Weltrevolution;</i>
jour fixe initiative berlin (Hg.): <i>Kreolische Konstellationen Kolonialismus, Imperialismus, Internationalismus</i> (Matin Baraki).....403
Eingegangene Bücher 406
Zu den Autorinnen und Autoren 407

Peter Ullrich

Identität, Differenz oder Affinität Konzeptualisierungen des Verhältnisses von Antisemitismus und „Israelkritik“

Es besteht kein Zweifel, dass Antisemitismus auch in Bezug auf den Nahostkonflikt relevant ist und das in mindestens zweifacher Hinsicht: erstens in Form antisemitischer Konfliktdeutungen mancher Opponent*innen Israels und des Zionismus, zweitens als Gegenstand öffentlicher Debatten, die durch skandalisierende Antisemitismusvorwürfe auf der einen und deren meist ebenso brüske Zurückweisung auf der anderen Seite strukturiert werden. Beiden Aspekten soll im Folgenden nachgegangen werden: Zum ersten wird erläutert, wo und mit welchen Konzepten ein „Antisemitismus gegen Israel“ (Holz & Haury 2021) konstatiert wird und inwiefern dabei der Nahostkonflikt als eine eigene Quelle von Feindschaft oder Distanz anerkannt wird oder nicht. Zum zweiten wird gefragt, worin die Problematiken der spezifischen Struktur der Debatte liegen und welche begrifflichen Differenzierungsangebote hierfür denkbar sind.

Vom antisemitischen Antizionismus zum israelbezogenen Antisemitismus

In verbreiteten wissenschaftlichen Antisemitismusdefinitionen (zum Überblick s. Ullrich u.a. 2024, im Folgenden „WIA“)¹ wird seine israelbezogene Ausformung meist nicht explizit thematisiert. Zeitkontextbezogene Ausnahmen von dieser Regel sind dagegen die aktuellen bündigen Praxisdefinitionen (Arbeitsdefinition Antisemitismus, Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus und das Nexus-Dokument, vgl. WIA: Kap 3.2), die nach einem Anstieg entsprechender Vorfälle seit der Jahrtausendwende entstanden. Der Nahostkonflikt ist *ein* möglicher Kontext oder Anlass für die Artikulation von Antisemitismus, allerdings nicht nur der gegenwärtig am

1 Die hier behandelten Themen sind im genannten Handbuch *Was ist Antisemitismus* umfassend auf aktuellem Stand aufgearbeitet. Aus Platzgründen wird dieses im Folgenden mit der Sigle WIA plus Kapitelnummer ausgewiesen.

meisten öffentlich diskutierte, sondern womöglich auch realiter eines der wichtigsten Themen mit Anschlussfähigkeit an Antisemitismus.²

Die verschiedenen kursierenden Einschätzungen des Verhältnisses von Antisemitismus und „Israelkritik“ lassen sich in ein Kontinuum einordnen, dessen antagonistischen Pole Identität oder weitgehende Differenz behaupten (WIA: Kap. 3.4). Die *Identitätsposition* geht davon aus, dass Gegnerschaft zum Zionismus und zu Israel als „Jude unter den Staaten“ eine Form von Antisemitismus *ist* (Grigat 2007: 320ff; Salzborn 2019). Die Kontrastposition der klaren *Differenz* negiert Überschneidungen oder weist entsprechende Vorwürfe als überwiegend strategisch motiviert zurück.³ Die Vielfalt mehr oder weniger vermittelnder Sichtweisen dazwischen würde ich als *Affinitätspositionen* bezeichnen. Sie gehen davon aus, dass Antisemitismus und ablehnende bis feindliche Haltungen gegen Zionismus/Israel analytisch, moralisch, genealogisch und/oder praktisch unterschieden werden können und sollten, aber zugleich über Schnittmengen oder diskursive Anschlussmöglichkeiten verfügen, kurz: Antizionismus und Israelfeindschaft *kann*, aber *muss nicht* immer und keinesfalls zwingend antisemitisch sein.

Sowohl die starke Identitäts- als auch die Differenzbehauptung sind, wie unten kurz ausgeführt wird, wissenschaftlich wenig überzeugend und auch deutlich stärker durch den politisch-aktivistischen Diskurs geprägt. Aufschlussreicher erscheint es deshalb, sich den Affinitäten zu widmen beziehungsweise den möglichen Ursachen dafür, dass bestimmte distanzierte bis ablehnende Haltungen gegenüber Israel und dem Zionismus, die auf sehr unterschiedliche Hintergründe verweisen können, eine antisemitische Ausformung finden. Auf dieser Basis wäre dann das Verhältnis zwischen Antisemitismus und Nahostkonflikt bzw. Antizionismus/Israelkritik genauer zu bestimmen.

Die Forschung nennt unter anderem folgende Risikofaktoren, also Bedingungen, die die je konkrete Ausprägung antisemitischer Semantiken fördern oder wahrscheinlicher machen:

- *Antizionistische Tradition des Antisemitismus*: der moderne Antisemitismus ist als solcher, abgesehen von eher strategisch motivierten pro-zionistischen Positionierungen, im Grundsatz antizionistisch, was auch für seine „exportierten“, bspw. islamisierten Varianten zutrifft. Die

2 Auf eine ausführliche positive Bestimmung von Antisemitismus kann an dieser Stelle verzichtet werden. Denn es ist geradezu ein Merkmal der Debatte, dass die unterschiedlichen hier behandelten Verhältnisbestimmungen auch auf unterschiedliche Antisemitismusverständnisse zurückgreifen und somit selbst Gegenstand der Analyse sind.

3 Gehrke u.a. 2009; Zuckermann 2010; Hanloser 2020 sowie gegenwärtig v.a. in Teilen des postkolonialen Diskurses.

Nils Riecken

Hochschulpolitische Strategien gegen Antisemitismus und das deutsche Politische*

Der folgende Text analysiert zwei Initiativen gegen Antisemitismus, die zentrale hochschulpolitische Akteure in jüngerer Zeit entwickelt haben. Der Fokus liegt dabei darauf, wie deren Konzeptionen von Antisemitismus, Wissenschaft und dem deutschen Politischen, also Begründungen dieser politischen Gemeinschaft (Marchart 2010), zusammenhängen und durch bestimmte blinde Flecken, Widersprüche, Grenzen und repressive Implikationen gekennzeichnet sind. Am 19. Oktober 2019 legte die Mitgliederversammlung der *Hochschulrektorenkonferenz* (HRK) eine „Entschließung“ mit dem Titel „Kein Platz für Antisemitismus“ vor (HRK 2019). Am 7. Dezember 2023 veröffentlichte die „Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder“, kurz *Kultusministerkonferenz* (KMK), einen „Aktionsplan gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit“, dem sich das *Bundesministerium für Bildung und Forschung* (BMBF) anschloss (KMK 2023). Beide Akteure rahmen ihre Initiativen als Antworten auf konkrete Akte der Gewalt (am 9. Oktober 2019 in Halle und am 7. Oktober in Israel) und die Beobachtung der Zunahme von antisemitischen „Vorfällen“. In Antwort darauf entwerfen sie ein ganzes Bündel von Vorgaben und Vorschlägen. Auf der einen Seite stehen dabei Forderungen nach mehr Wissen. So sollen etwa die Universitäten stärker für das Thema Antisemitismus sensibilisieren, mehr Dialogräume schaffen, und Lehre und Forschung zu Antisemitismus und Israel sowie Forschungsk Kooperationen mit letzterem ausweiten (HRK 2019; KMK 2023). Auf der anderen Seite stehen bei der KMK auch Forderungen, „Melde- und Beratungsstrukturen“ über „Vorfälle“ von Antisemitismus und „Antisemitismusbeauftragte“ zu institutionalisieren. Die KMK erklärt sich ferner bereit, die Universitäten zu unterstützen, „antisemitische Vorfälle“ im Rahmen der eigenen Zuständigkeit, aber auch juristisch (z.B. durch Klage gegen Personen) zu verfolgen (KMK 2023).

* Dieser Artikel wurde gefördert durch das ERC mit dem *European Union's Horizon Europe research and innovation programme* (Grant No. 101044105).

Ich danke Ruth Streicher, Schirin Amir-Moazami, Jakob Kraiss und der Redaktion der *PERIPHERIE* für überaus hilfreiche Hinweise zu einer früheren Version des Artikels.

Eine zentrale epistemologische Position nimmt in den Strategien von HRK und KMK eine bestimmte Definition von Antisemitismus ein, die ihnen zufolge als analytische Optik an den Hochschulen verankert werden soll. Dabei handelt es sich um die von den Mitgliedern der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) 2016 angenommene Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Diese lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ (IHRA o.D.)

Die der Arbeitsdefinition beigegebenen Beispiele „zur Veranschaulichung“ wurden nicht vom Plenum angenommen (Deckers & Coulter 2022: 735). Doch die IHRA und die Bundesregierung verstehen diese als „integralen“ Teil der Definition (BAS o.D.b). Ein Teil davon verweist auf traditionelle Tropen des Antisemitismus und die Geschichte, wie die Leugnung des Holocaust. Ein größerer Teil bezieht sich auf den israelischen Staat. Beispiele für Antisemitismus seien etwa Kritik am Staat Israel, sofern sie diesen als „jüdisches Kollektiv“ verstehe oder nicht mit der „an anderen Ländern vergleichbar“ sei. Auch „doppelte Standards“ seien antisemitisch, wenn man vom Staat Israel ein Verhalten fordere, „das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird“. Des Weiteren wird die Kritik am Zionismus als politischer Ideologie als antisemitisch definiert (IHRA o.D.). Für die HRK bietet diese Definition mit ihren Beispielen eine „klare Grundlage zum Erkennen von Judenhass und ist damit ein wichtiges Werkzeug bei seiner Bekämpfung“, gerade weil sie den „israelbezogene[n] Antisemitismus“ berücksichtige (HRK 2019). Dementsprechend schreibt sie: „Die Mitgliedshochschulen der Hochschulrektorenkonferenz begrüßen diese Antisemitismusdefinition ausdrücklich und möchten sie an allen Hochschulstandorten etabliert sehen.“ (ebd.) Die KMK spricht davon, dass sie die Universitäten „ermutigt“, die Definition „zu übernehmen“ (KMK 2023). Für sie ist die Definition nicht nur „wertvolle Orientierung und nützliches Instrument bei der Einordnung von Fällen“, sondern schlicht „Grundkonsens“ (ebd.). Der Entschließung der KMK hat sich das BMBF ausdrücklich angeschlossen (ebd.). Was die „Etablierung“ und „Übernahme“ genau bedeutet und in welcher Form dies Vorgaben für den Forschungs- und Lehralltag der Universitäten macht, bleibt unklar.

Entgegen der Aussage der KMK ist die IHRA-Definition zusammen mit ihren „Beispielen“, die vor allem „israelbezogenen Antisemitismus“

Alon Confino & Amos Goldberg

Vom Fluss bis zum Meer gibt es Raum für viele verschiedene Interpretationen*

Den Slogan als „antisemitisch“ zu bezeichnen, ist ein mächtiges Instrument, mit dem Israel die Existenz des palästinensischen Volkes leugnet.

Es wird oft behauptet, der Slogan „From the river to the sea, Palestine will be free“ bringe eine völkermörderische und antisemitische Absicht zum Ausdruck. Dies ist jedoch im Allgemeinen nicht der Fall. Im Gegenteil, der Slogan wurde in der Vergangenheit verwendet, um eine Vielzahl von politischen Strategien für die Befreiung Palästinas zu artikulieren.

In letzter Zeit hat sich in Israel und bei vielen jüdischen und nichtjüdischen Menschen weltweit die Meinung durchgesetzt, der Slogan „Vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein“ sei antisemitisch und rufe zur Zerstörung des Staates Israel und zur ethnischen Säuberung oder Ermordung aller dort lebenden jüdischen Menschen auf.

Jüdische Organisationen und andere politische Akteure in aller Welt fordern ein Verbot der Verwendung dieses Slogans. In Großbritannien hat die Labour Party den Abgeordneten Andy McDonald suspendiert (dies aber nach fünf Monaten wieder aufgehoben), weil er den Satz auf einer Demonstration verwendet hat,¹ und der Fußballverband hat Spielern verboten, ihn auf ihren persönlichen Konten in den sozialen Medien zu verwenden.² In Deutschland ist die Situation noch drastischer. In Berlin beispielsweise ist die Verwendung des Slogans bei Demonstrationen verboten, und Demonstranten, die

* Editorische Anmerkung: Übersetzung eines englischen Beitrags auf <https://publicseminar.org/2024/04/from-the-river-to-the-sea-different-interpretations/>, letzter Aufruf: 12.9.2024. Frühere und kürzere Versionen dieses Artikels sind auf Hebräisch in *Sicha Mekornit*, in Deutsch auf *Geschichte der Gegenwart* und in Englisch im *Review of Democracy/Eurozine* erschienen.

1 <https://www.theguardian.com/politics/2024/mar/13/mp-andy-mcdonald-has-labour-whip-restored-after-inquiry>; letzter Aufruf: 7.9.2024.

2 <https://www.dailymail.co.uk/sport/football/article-12697419/FA-Hamza-Choudhury-pro-Palestine.html>; letzter Aufruf: 7.9.2024.

ihn rufen, werden festgenommen.³ Die rechtsgerichtete Zeitung *Die Welt* ging sogar so weit, einen Podcast mit der Überschrift „Free Palestine ist das neue Heil Hitler“ zu veröffentlichen.⁴ Nicht weniger als das!

In Israel schrieb der *Haaretz*-Journalist Ravit Hecht, der Slogan sei ein Aufruf

„zur ethnischen Säuberung, ähnlich der, die in Gaza [am 7. Oktober] stattfand ... Es geht nicht um die Rückkehr zu den Grenzen von 1967 oder die Beendigung der Besatzung, sondern um die Vernichtung der jüdischen nationalen Heimat und die Vertreibung der Juden von diesem Ort“.⁵

Diese Interpretation entspricht jedoch nicht der Wahrheit.

Zunächst lohnt es sich, den Slogan mit der entsprechenden Position von jüdischen und nichtjüdischen Menschen zu vergleichen, die ein Groß-Israel unterstützen, d. h. ein Israel, das sich vom Jordan bis zum Mittelmeer erstreckt. Denn wenn wir akzeptieren, dass palästinensische Menschen, die die „Befreiung Palästinas vom Jordan bis zum Mittelmeer“ fordern, die Juden:Jüdinnen aus Israel vertreiben wollen, dann gebietet es die Fairness, dass dies auch auf der anderen Seite gilt: dass all die vielen, die jemals Groß-Israel unterstützt haben – vom Dichter Nathan Alterman (einer der bedeutendsten israelischen Dichter, der sich politisch mit der Arbeitspartei identifizierte) über die Unterzeichner des Groß-Israel-Manifests von 1967 (von denen viele der zionistischen Linken angehörten) bis hin zur derzeitigen Regierung und der Öffentlichkeit, die sie an der Wahlurne unterstützt hat – tatsächlich die Vernichtung oder Vertreibung der Palästinenser:innen befürworten. Es muss in beide Richtungen gehen: Wenn wir „vom Fluss bis zum Meer“ als einen Aufruf zum Völkermord interpretieren, müssen wir die Vision von Groß-Israel als eben einen solchen verurteilen.

Aber auch das wäre ungenau. Die Forderung nach einer israelischen Kontrolle über das gesamte Gebiet zwischen dem Fluss und dem Meer bedeutet, den Palästinenser:innen ihr Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern und sie daran zu hindern, eine nationale Heimat zu errichten und gleiche bürgerliche und individuelle Rechte zu haben. In der Praxis bedeutet diese

3 Bundesinnenministerin Faeser hat den Slogan Anfang November 2023 als Kennzeichen der verbotenen Organisationen Hamas und Samidoun unter Androhung von Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren für strafbar erklärt; <https://www.rnd.de/politik/from-the-river-to-the-sea-palaestinenser-parole-verboten-bis-zu-drei-jahre-freiheitsstrafe-CZKQ4U4UAJADBJR5L7PDZCRHDM.html>, letzter Aufruf: 1.7.2024 (Anm. d. Übers.).

4 <https://twitter.com/welt/status/1734610940094566878>; letzter Aufruf: 7.9.2024.

5 <https://www.haaretz.com/opinion/2023-11-19/ty-article/.premium/israel-and-the-world-must-recognize-antisemitism-for-what-they-are/0000018b-e3be-d867-abab-f7be96930000>; letzter Aufruf: 7.9.2024.

Barnett R. Rubin

Falsche und andere Erlöser
Was die Befreiungsträume des Zionismus
mit dem Kolonialismus zu tun haben –
ein Essay zur laufenden Debatte*



Das Bild von zwei jugendlichen Zionistinnen wurde 1906 in Kamenetz-Podolsk, Ukraine, im damaligen Russischen Reich fotografiert. Rechts ist Rose Resnick zu sehen, die Großmutter väterlicherseits meiner Frau Susan Blum. Auf der linken Seite hält eine Freundin, deren Name mir nicht bekannt ist, eine jiddische Publikation mit dem Titel *Der Nayer Veg – Der Neue Weg* – das Organ des Zentralkomitees der 1905 in Odessa gegründeten *Zionistischen Sozialistischen Arbeiterpartei*. Sie veröffentlichte zwischen Mai 1906 und Januar 1907 fünfundzwanzig Ausgaben,

bevor sie von den zaristischen Behörden geschlossen wurde.

Nach dem Hamas-Anschlag vom 7. Oktober in Israel sind allerorten Debatten über Zionismus und Kolonialismus entbrannt, von Universitäten bis zur Generalversammlung der Vereinten Nationen. Die Mädchen auf dem Foto jedenfalls waren keine Siedlerkolonialistinnen. Ihr Zionismus

* Die englische Originalfassung dieses Beitrags erschien am 4.1.2024 unter dem Titel „False Messiahs. How Zionism’s dreams of liberation became entangled with colonialism“ in der *Boston Review*, <https://www.bostonreview.net/articles/false-messiahs/>, letzter Aufruf: 24.7.2024. Die deutsche Übersetzung wurde erstmals am 16.2.2024 in *tachles. Das jüdische Wochenmagazin*, <https://www.tachles.ch/artikel/kultur/falsche-und-andere-erloeser> (kostenpflichtiger Artikel) veröffentlicht. Die *PERIPHERIE*-Redaktion dankt dem Autor und der *tachles*-Redaktion (redaktion@tachles.ch) für die Abdruckgenehmigung.

war eine Reaktion auf die verschärfte Verfolgung der Juden im Europa des späten 19. Jahrhunderts. Damals lebte etwa die Hälfte der Juden weltweit im Zarenreich, und sie wurden zu Opfern blutiger Pogrome. Rose erinnerte sich an Gewalttäter, die einem jüdischen Bäcker die Hände abhackten und in seinen Ofen warfen, damit er nie wieder Brot kneten konnte. Die Großmutter meiner Frau mütterlicherseits, Pauline Unger, erinnerte sich an das Pogrom von Odessa im Jahr 1905, als Nachbarn das Leben ihrer Familie retteten, indem sie den Pogromisten vor dem Haus mit einem Kreuz begegneten und schworen, im Haus befänden sich keine Juden.

Der Nayer Veg war ein Ergebnis der leidenschaftlichen Reaktion russischer Juden auf das Pogrom von Chisinau 1903 (etwa vierzig Tote, Hunderte von Vergewaltigungen) und die landesweiten Pogrome vom Oktober 1905 (mehrere Hundert Tote), letztere nach der gescheiterten Revolution in jenem Jahr. Im Zuge dieser Wellen von Revolution und Reaktion radikalisierte sich die jüdische Jugend zunehmend. „Für sie“, schreibt der Historiker Jonathan Frankel, „bedeutete die Revolution nicht nur einen Kampf für soziale Gleichheit und politische Freiheit, sondern auch für die nationale, die jüdische Befreiung.“

Dies ist die Tradition, die mir und vielen amerikanischen Juden meiner Generation über die Ursprünge des Zionismus durch Erziehung, Volkserinnerung und Artefakte wie das obige Foto vermittelt wurde. Für viele, die in dieser Tradition aufgewachsen sind, ist es unvorstellbar, dass diese Ideologie der Befreiung und Selbstbestimmung irgendetwas mit dem Kolonialismus zu tun haben könnte, genauso wenig wie das für Rose und ihre Freundin galt. Vor diesem Hintergrund bilden die Gründung und die wiederholten militärischen Siege des Staates Israel eine emotional überzeugende historische Erzählung, die das Lob Gottes in der Pessach-Haggada widerspiegelt:

„Er hat uns aus der Sklaverei in die Freiheit geführt, aus der Trauer in die Freude und aus der Trauer in die Festlichkeit, aus der tiefen Finsternis in das große Licht und aus der Knechtschaft in die Erlösung.“

Der Holocaust wird im Rückblick zu den „Geburtswehen“ des Messias – den Schmerzen und Drangsalen, die das jüdische Volk vor der Einsammlung der Verbannten und ihrer Rückkehr in das Land Israel erleiden wird, wie es der Prophet Jeremia vorausgesagt hat: „Es ist eine Zeit der Trübsal für Jakob, aber aus ihr wird er gerettet werden.“

Dieses Drama der jüdischen Geschichte war und ist jedoch in die Weltgeschichte eingebettet, auch wenn die Nachrichten darüber manchmal nur langsam nach Kamenetz-Podolsk gelangten. Den Zionisten gelang es schließlich, ihre Bemühungen um Selbstbefreiung aus der jüdischen in

Steven Robins

Völkermord in Gaza – aus Sicht eines jüdischen Südafrikaners

Vor kurzem bemerkte die jüdisch-kanadische Autorin und Aktivistin Naomi Klein (2024) in einem Artikel unter der Überschrift „Wir brauchen einen Exodus aus dem Zionismus“, dass „Zionismus ein falsches Götzenbild ist, das die Vorstellung vom Gelobten Land aufgegriffen und in einen Eigentumstitel auf einen militaristischen, ethnisch definierten Staat verwandelt hat“. Der Artikel ist am 24 April 2024 im *Guardian* erschienen und entsprach kontroversen Debatten an den Tischen am Sederabend zu Beginn des Pessach-Festes, als progressive Jüdinnen und Juden sich mit der Bedeutung dieses jüdischen Rituals zu Zeiten von fortgesetztem Tod und Zerstörung in Gaza auseinandersetzten. Schließlich waren es nicht mehr Moses und die Israeliten, die der Knechtschaft in Ägyptenland entflohen, sondern palästinensische Zivilist:innen, die unter dem katastrophalen militärischen Bombardement Israels in Gaza litten. In dieser historischen Situation kam Klein zu der Schlussfolgerung, dass der Zionismus die jüdischen Pessach-Erzählungen von Gerechtigkeit und Befreiung aus der Knechtschaft „in brutalistische Waffen kolonialen Landraubs, Fahrpläne für ethnische Säuberung und Völkermord“ verwandelt habe.

Kleins Suche nach einem Auszug aus dem Zionismus wird von einer zunehmenden Anzahl von Jüdinnen und Juden geteilt, die glauben, dass das zionistische Projekt zu einem Giftbecher geworden ist, durch den die israelische Gesellschaft in eine militarisierte Kriegsmaschinerie transformiert und das Land Israel in einen biblisch geweihten Fetisch für Jüdinnen und Juden wie für Christ:innen gleichermaßen verwandelt wurde. Doch wie Klein in ihrem Artikel festhält, berichtet uns die Geschichte des Exodus im Alten Testament, dass Moses, als er seines Volkes bei der Verehrung des Goldenen Kalbs ansichtig wurde, sich so erzürnte, dass er die Gesetzestafeln, die er vom Berg Sinai gebracht hatte, zerschmetterte und dann den idolisierten Fetisch einschmolz und zerstörte. Für Klein folgt aus dieser biblischen Erzählung die Lehre, dass der politische Zionismus sich in den letzten Jahrzehnten in ein

rechtsextremes Projekt verwandelt habe, in ein falsches Götzenbild, das für Israelis wie für Palästinenser:innen eine existenzielle Bedrohung darstelle.

Es hat mich viele Jahre gekostet, mich von den zionistischen Mythen über die Schaffung des Staates Israel zu lösen, die man mich auf der *Theodor Herzl Primary School* in Gqeberha (zuvor Port Elizabeth) gelehrt hatte, die nach dem österreichisch-ungarischen Begründer des Zionismus benannt ist. In ähnlicher Weise ist jetzt eine wachsende Zahl von Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt mit der harten Arbeit beschäftigt, diese Mythen und falschen Götzenbilder loszuwerden. Einer der zahlreichen Wege dazu ist es, den Text der Pessach-Haggadah¹ neu zu interpretieren und jüdische biblische Erzählungen, Werte und Rituale neu zu erfinden, um ihnen für den gegenwärtigen Augenblick mehr Sinn zu verleihen.

Am 27. April 2024 nahm ich an einer Solidaritäts-Seder-Feier teil, die von *South African Jews for a Free Palestine* (SAJFP) einberufen worden war, einer progressiven jüdischen Organisation, die interreligiöse Gottesdienste und Veranstaltungen zur Solidarität mit Palästina in Kapstadt abhielt. Zu diesen Zusammenkünften gehörten „Sabbats gegen Völkermord“, die in Moscheen, Kirchen und an der Promenade an Sea Point abgehalten wurden, in Sichtweite von Robben Island, wo Nelson Mandela 27 Jahre lang eingekerkert war. Die interreligiöse Pessach-Veranstaltung von SAJFP unter Beteiligung von Muslim:innen und Christ:innen fand in einer Gemeindehalle im kosmopolitischen Bohème-Viertel Observatory in Kapstadt statt. Mitglieder von SAJFP hatten viele Stunden damit verbracht, angestrengt darüber zu debattieren, wie sie Passagen der Haggadah umschreiben und neu ausrichten sollten. Der Text, der in diesen Überlegungen entstand, zog Parallelen zwischen den Pessach-Geschichten über die Flucht der Israeliten aus der Knechtschaft in Ägypten und der tragischen Not von Hunderttausenden von Palästinenser:innen, die 1948 mit der Gründung des Staates Israel vertrieben wurden.

Die Haggadah der SAJFP zitierte *Die ethnische Säuberung Palästinas* des israelischen Historikers Ilan Pappé (2019), wo der Autor beschreibt, wie die Haganah – die zionistische Miliz, die in Palästina nach dem Zweiten Weltkrieg Terroranschläge verübte – eine militärische Operation plante und ausführte, die zur Vertreibung tausender wehrloser Palästinenser:innen aus Haifa führte. Pappé zeigt, wie die Vertreibung aus Haifa Teil der „ethnischen Säuberung“ von 750.000 Palästinenser:innen nach dem Zweiten Weltkrieg war. Die Haggadah enthielt auch eine Passage, die sich auf die „Operation

1 Die *Pessach-Haggadah* erzählt von der Befreiung der Juden aus der Sklaverei in Ägypten und wird bei der Seder-Mahlzeit zu Beginn des Pessach-Festes gelesen; d.Ü.

Aram Ziai

Konflikte um Antisemitismus bei der documenta 15 Zum Abschlussbericht des Expert:innen-Gremiums

Selten war eine Kunstausstellung so in der öffentlichen Kritik wie die documenta 15, die Juni bis September 2022 in Kassel stattfand und aufgrund der zentralen Rolle von Kunstkollektiven aus dem globalen Süden als „postkolonial“ galt. Bereits im Vorfeld wurden Künstler:innen Antisemitismus bezichtigt, in seiner Eröffnungsrede warnte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ebenfalls vor Antisemitismus, und die Medienberichterstattung in den folgenden Monaten war auch weit mehr auf Antisemitismusvorwürfe fokussiert als auf die eigentlichen Inhalte der Ausstellung. Im August 2022 wurde ein „Gremium zur fachwissenschaftlichen Begleitung der documenta 15“ ins Leben gerufen, das diesen Vorwürfen auf den Grund gehen sollte. Dieses legte 2023 einen 133-seitigen Abschlussbericht vor, in dem es zu dem Schluss kommt: „Die documenta fifteen fungierte als Echokammer für israelbezogenen Antisemitismus, und manchmal auch für Antisemitismus pur.“ (Gremium 2023: 71) Der documenta wirft der Bericht weiterhin vor, „jüdische Perspektiven“ nicht zu achten (ebd.: 86f) sowie das „Ächtungsideal des Antisemitismus zu relativieren“ (ebd.: 88). In seinem Beitrag für die Frankfurter Rundschau wirft der ehemalige Oberbürgermeister von Kassel Hans Eichel (zugleich früherer Hessischer Ministerpräsident und Bundesfinanzminister) wiederum dem Bericht des Gremiums vor, eine „Schlagseite“ zu haben, die Befunde des Antisemitismus zu übertreiben, und die postkoloniale Perspektive der documenta zu übergehen (Eichel 2024).

Der vorliegende Beitrag möchte die Stichhaltigkeit dieser Vorwürfe anhand einer Analyse des Abschlussberichts untersuchen. Dabei soll es nicht um die Teile des Berichts gehen, die sich mit der Chronologie des Konflikts auf der documenta, dem kuratorischen Konzept und dem Verhältnis von staatlicher Politik und Kunstfreiheit befassen, sondern um die Antisemitismusvorwürfe gegenüber der Ausstellung und den einzelnen Kunstwerken, sowie um die diesen Vorwürfen zugrundeliegende Antisemitismusdefinition. Eine umfassende Betrachtung des Antisemitismuskonflikts um die documenta kann daher an dieser Stelle nicht geleistet werden, hier geht es

nur um die erwähnten Aspekte des Berichts. Dieses Ziel erfordert zunächst dennoch, die Kontroverse in einen zeitgeschichtlichen Kontext ähnlicher Konflikte in der deutschen Öffentlichkeit einzubetten. Anschließend soll das Gremium selbst und seine Untersuchung der Antisemitismusvorwürfe detaillierter analysiert werden.

Der Kontext: Konflikte um Antisemitismus seit 2019

Die Auseinandersetzungen um die „postkoloniale“ *documenta 15* sind nicht isoliert zu betrachten, sondern eingebettet in einen gesellschaftlichen und zeithistorischen Kontext zu verstehen, einerseits in den des „Nahostkonflikts“ um Israel und Palästina (auf den ich aus Platzgründen hier nicht weiter eingehe), andererseits den um die Anerkennung de- und postkolonialer Perspektiven im letzten Jahrzehnt. Hier hat der zunehmende Einfluss dieser Perspektiven auf die öffentliche Debatte (z.B. um das Humboldt-Forum, den Völkermord an den Herero und Nama oder die Restitution geraubter Kunstgüter) auf konservativer Seite zu revisionistischen Rechtfertigungen des Kolonialismus geführt (z.B. Stein 2015; Martenstein 2015). In den letzten Jahren wurde die Kritik an postkolonialen Studien jedoch im Zusammenhang mit Antisemitismusvorwürfen deutlich schärfer und breiter, sie erstreckte sich auch auf liberale und progressive Medien wie die *taz*. Als Ausgangspunkt lässt sich die Resolution des Bundestags zur israelkritischen Bewegung *Boycott, Divestment, Sanctions* (BDS) identifizieren, die deren Argumentationsmuster und Methoden als antisemitisch bezeichnet und Länder, Städte und Gemeinden auffordert, keine Veranstaltungen der BDS-Bewegung oder ähnlicher Gruppierungen zu unterstützen (CDU/CSU u.a. 2019; Brumlik 2021: Kap. 2). Dieser Beschluss rief Gegenreaktionen hervor wie die Initiative GG 5.3 Weltoffenheit, die sich auf die im Grundgesetzartikel 5.3 verankerte Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre ausspricht, oder eine Stellungnahme von 240 israelischen und jüdischen Wissenschaftler:innen, die darauf aufmerksam machen, dass BDS sich explizit gegen Antisemitismus ausspreche, dass die Forderungen der Bewegungen im Einklang mit dem Völkerrecht stünden und keineswegs antisemitisch seien (Jewish and Israeli Scholars 2019). Nachdem das Jüdische Museum Berlin auf Twitter einen Zeitungsartikel über diese Stellungnahme empfohlen hatte, reagierte der Zentralrat der Juden mit scharfer Kritik und stellte in Frage, ob sich das Museum noch „jüdisch“ nennen dürfte, woraufhin der Direktor Peter Schäfer zurücktrat (Reinecke & Hagmann 2019; Brumlik 2021: Kap. 3).

Ein weiterer öffentlicher Zwist entspann sich um die Einladung an den kamerunischen Philosophen Achille Mbembe, auf der Ruhrtriennale 2020 den

Henning Melber

Von der Omaheke bis Gaza: Namibia, Deutschland und Israel*

Das deutsche koloniale Verhältnis hat in Geschichte und Gegenwart als besonderen Bezugspunkt das heutige Namibia. Dieses Sonderverhältnis liegt darin begründet, dass Namibias Staatsgebiet als „Deutsch-Südwestafrika“ zwischen 1884 und 1915 die einzige Siedlerkolonie Deutschlands gewesen ist. Die kolonial begründete Präsenz ist geblieben. Auch heute noch hat eine deutschsprachige Minderheit im Lande über deren begrenzte Zahl hinaus in der Wirtschaft und Geschäftswelt, im Landbesitz und in der kulturellen Sphäre Einfluss. Laut dem *National Household and Expenditure Survey* ist sie die materiell bei weitem am besten gestellte Sprachgruppe, mit einem Lebensstandard ähnlich dem der nordeuropäischen Länder.

Als Folge der damaligen siedlerkolonialen Expansion war das Land auch Schauplatz des ersten Völkermords im 20. Jahrhundert. Die deutsch-namibische (Gewalt-)Geschichte und darin begründete Herausforderungen für eine Verständigung in der Gegenwart wurden deshalb schon häufiger gründlich thematisiert.¹ 2015 fand eine zumindest halbherzige Form der Anerkennung dieses Völkermords durch die deutsche Regierung statt. Dem konzidierten Tatbestand folgten bilaterale Verhandlungen der Regierungen beider Staaten.²

Dieser Artikel befasst sich mit den Kontinuitäten des deutschen kolonialen Verhältnisses (ausführlicher dazu Melber 2024a). Dabei spielt auch die deutsche Position zum israelischen Vernichtungskrieg gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza eine Rolle. Im Folgenden wird der Tatbestand des Völkermords kurz zusammenfassend präsentiert. Danach folgt ein knapper Überblick über die bilateralen Verhandlungen seit 2015, sowie die aktuellen namibisch-deutschen Verwerfungen zu Anfang 2024. Abschließend werden die Kontinuitäten kolonialer Amnesie im Schatten des Holocaust-Traumas thematisiert.

* Ich danke der *PERIPHERIE*-Redaktion für hilfreiche Verbesserungsvorschläge des Textes.

1 Dazu u.a. Förster 2010; Förster u.a. 2004; Köbler 2015; Köbler & Melber 2004; Krüger 1999; Melber 2005.

2 Dazu u.a. Köbler 2020; Köbler & Melber 2017; Melber 2022; Melber & Platt 2022.

Der Völkermord in „Deutsch-Südwestafrika“

1884 wurde „Deutsch-Südwestafrika“ zur ersten Kolonie des Kaiserreichs erklärt. Durch die zur Jahrhundertwende verstärkt einsetzende siedlerkoloniale Bedrohung ihrer Lebensweise folgten am 12. Januar 1904 Verbände der Ovaherero einer tags zuvor erlassenen Anweisung des Paramount Chief Samuel Maharero. Sie überfielen und töteten mehr als hundert deutsche Kolonialbeamte und Siedler. Frauen und Kinder blieben gemäß dem Befehl mit wenigen Ausnahmen ebenso verschont wie Missionare und andere Weiße. Vom Widerstand überrascht reagierte das Kaiserreich im Gefühl der Demütigung mit Brachialgewalt und entsandte Tausende Soldaten der „Schutztruppe“ mit schwerem Militärgerät in das Land. Nach mehreren kriegerischen Scharmützeln im August 1904 in der Gegend des Waterberg im Kernland der Ovaherero erließ am 2. Oktober 1904 der Oberkommandierende Generalleutnant Lothar von Trotha eine weithin als „Vernichtungs- oder Schießbefehl“ betitelte Proklamation. Darin heißt es unter anderem:

„Die Hereros sind nicht mehr deutsche Untertanen. ... Das Volk der Herero muß ... das Land verlassen. Wenn das Volk das nicht tut, so werde ich es mit dem Groot Rohr dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen.“³

Diese Anordnung folgte der Absperrung der im Osten des Landes gelegenen Omaheke, einer Trockensteppe in die sich die Ovaherero zurückgezogen hatten. Die meisten Geflüchteten verhungerten oder verdursteten. Einige – unter ihnen auch Samuel Maharero – erreichten das angrenzende britische Protektorat Betschuanaland. Dort leben heute noch Tausende der Nachfahren.

Aufgrund des Protestes im Kaiserreich ob der durch von Trotha zum „Rassenkrieg“ erklärten Vernichtungsstrategie musste die Proklamation noch vor Jahresende zurückgenommen werden. Am Tatbestand des Völkermords änderte dies nichts. Angesichts der erbarmungslosen deutschen Kriegsführung entschlossen sich noch 1904 die Verbände der Nama im südlichen Namibia zur Aufnahme des bewaffneten Widerstandes. Überlebende Ovaherero, einschließlich der Frauen und Kinder, wurden wie die Nama – von denen einige in die westafrikanischen Kolonien deportiert wurden, wo nur wenige überlebten – in Konzentrationslager verbracht und

3 Bundesarchiv, Reichskolonialamt R 1001/2089, Bl. 7af (Abschrift). Veröffentlicht als „Vernichtungsbefehl“ in: *taz*, 10.1.2004, <https://taz.de/!808930/>, letzter Aufruf: 25.4.2024. Dazu ausführlicher Kößler & Melber 2017: 19-24.

Alexander Flores

Hamas und der 7. Oktober

Der 7. Oktober 2023 und der seitdem andauernde israelische Feldzug gegen Gaza haben einen Umschwung in der globalen Wahrnehmung der Palästinafrage bewirkt. Das Interesse hatte seit geraumer Zeit sehr nachgelassen; nun nimmt diese Frage wieder einen Platz auf der Vorderbühne des Weltgeschehens ein. Unmittelbar nach dem Angriff vom 7. Oktober war das Mitleid mit seinen israelischen Opfern groß; seitdem stehen eher die palästinensischen Opfer des israelischen Feldzugs im Vordergrund, der ungleich massivere Kriegsverbrechen beinhaltet. Dessen ungeachtet betonen verantwortliche Politiker und Mainstreammedien im Westen nach wie vor das Recht Israels auf Selbstverteidigung und den Charakter des 7. Oktober als angeblich voraussetzungslosen Beginns des neuen Kriegs. Sie zeichnen plastisch die Gräueltaten nach, mit denen der Angriff des 7. Oktobers einherging, nehmen sie als Indiz für die Entmenschung der Täter („Hamas ist ISIS“) und rechtfertigen so alles, was Israel seitdem tut. Wer dieses Bild in Frage stellt, wird als Antisemit an den Pranger gestellt; man unterstellt gern der gesamten Intellektuellen- und Kunstszene mangelndes Mitleid für die israelischen Opfer. Dabei greifen regelrechte Sprachregelungen. Auffällig oft finden sich am Ende eines Artikels Formulierungen wie „Der Angriff der Hamas und anderer Terrorgruppen, bei dem etwa 1140 Menschen getötet und weitere 250 in den Gazastreifen verschleppt wurden, hatte den Gazakrieg im vergangenen Oktober ausgelöst.“

Demgegenüber erscheint es angebracht, auch die Ereignisse des 7. Oktober in den Kontext der größeren israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung zu stellen und entsprechend zu verstehen. Das erfordert einen genauen Blick auf die Organisation „Hamas“, ihren Hintergrund, ihre Entstehung und ihre Entwicklung bis heute.

Hamas

Hamas ist Teil des Islamismus, einer weltweiten politischen Konzeption und Bewegung. Islamist*innen beklagen, dass im Zuge der Modernisierung und Verwestlichung muslimischer Gesellschaften der Islam als Leitlinie des

Lebens in den Hintergrund gedrängt wurde, und wollen ihm diese Rolle zurückgeben. Seine Glaubwürdigkeit bezieht der Islamismus daraus, dass viele Muslim*innen unter den bestehenden Zuständen leiden, dass er sich als stärkste Oppositionskraft gegen diese Zustände profiliert und dass er sein Programm in islamischer Sprache, also in einem vertrauten Gewand, präsentiert. Er wendet sich gegen die einheimischen säkularen Regierungen, aber auch gegen „den Westen“ bzw. „den Imperialismus“. Auch eine betonte Gegnerschaft gegen Israel, den Zionismus und die Juden findet sich bei vielen Islamisten, wobei die Trennungslinie zwischen diesen Kategorien oft verschwimmt. Die wichtigste islamistische Organisation im ostarabischen Raum sind die Muslimbrüder, 1928 in Ägypten entstanden. Auch in Palästina waren sie seit den 1940er Jahren als bedeutendste der dortigen islamistischen Organisationen präsent (vgl. Flores 2016).

Im Unterschied zu anderen islamistischen Organisationen, die meist im Rahmen bereits etablierter Nationalstaaten operieren, steht Hamas in der palästinensischen Realität und ist durch sie zutiefst geprägt. Diese Realität bedeutet die Abwesenheit eines eigenen Nationalstaats. Vielmehr haben es die Palästinenser mit dem israelischen Staat zu tun, der ihre Mehrheit 1948 aus dem Land getrieben hat (die „Nakba“), die seinerzeit verbliebenen, die israelische Staatsbürger wurden, scharf diskriminiert und die in den 1967 eroberten Gebieten (Westbank und Gazastreifen) einem harten Besatzungsregime unterwirft. Im Gazastreifen kommen noch die 2007 etablierte rigorose Blockade und die seitdem periodisch wiederholten Militärkampagnen hinzu. Das alles trieb die Palästinenser unausweichlich in scharfe Gegnerschaft gegen Israel, die nach Lage der Dinge kaum anders als betont nationalistisch sein konnte. Die Kristallisierung dieser Gegnerschaft in organisiertem Widerstand vollzog sich angesichts der Schwäche und Zerstreuung der Palästinenser sehr verzögert; ihre prominenteste Verkörperung war die palästinensische Widerstandsbewegung mit der PLO als Vertreterin, der Fatah als ihrer stärksten und führenden Organisation und Yasir Arafat als Führungsfigur. Sie war außerhalb Palästinas unter der Flüchtlingsbevölkerung entstanden, schaffte es aber in den 1970er und 1980er Jahren, sich auch in der Bevölkerung der Westbank und des Gazastreifens zu verankern. Nach der Vertreibung der PLO aus Jordanien 1970 (im „Schwarzen September“) und Libanon 1982 (im Zuge der israelischen Intervention) verlagerte sich der Schwerpunkt des Widerstands in die Westbank und den Gazastreifen. Gleichzeitig änderte die Bewegung ihre politische Programmatik. Sie war mit einem Programm angetreten, das die Ersetzung Israels durch einen „säkular-demokratischen Staat Palästina“ forderte und den bewaffneten Kampf als Aktionsform privilegierte. Nun ließ sich das Gros des palästinensischen

Michael Rothberg

Holocaust-Gedenken und die Ethik des Vergleichs*

Dieser Internationale Holocaust-Gedenktag wird nicht wie jeder andere sein. Wenn wir am 27. Januar den neunundsiebzigsten Jahrestag der Befreiung von Auschwitz begehen und der sechs Millionen jüdischen Opfer des Holocaust neben den vielen nichtjüdischen Opfern der Nazis gedenken, findet das Gedenken vor dem Hintergrund außergewöhnlicher Ereignisse statt: inmitten von mehr als drei Monaten katastrophaler Gewalt in Israel und Palästina und nur einen Tag, nachdem der Internationale Gerichtshof (IGH) vorläufig über die von Südafrika gegen Israel erhobene Klage wegen Völkermordes entschieden hat. Man kann nur hoffen, dass Israel den vom IGH angeordneten „vorläufigen Maßnahmen“ nachkommt, aber selbst wenn nicht, wird das Urteil sicherlich die Aufmerksamkeit für die menschlichen Kosten der israelischen Offensive in Gaza verstärken.

Die Ereignisse dieser dunklen Monate haben zwangsläufig Erinnerungen an den Holocaust geweckt und schwierige Fragen über die Ethik historischer Vergleiche aufgeworfen. Wann ist es legitim, den Tod von Zivilpersonen mit dem Holocaust oder eine heutige Regierung mit den Nazis zu vergleichen? Die Hamas-Angriffe vom 7. Oktober und die anschließende Bombardierung und Invasion des Gazastreifens haben uns reichlich Gelegenheit gegeben, über solche Fragen nachzudenken. Von den sozialen Medien bis hin zu den Zentren der politischen Macht haben der Nationalsozialismus und der Holocaust ein breites Repertoire an Bildern und Slogans bereitgestellt, die wir verarbeiten können, wenn wir zu den Ereignissen im Nahen Osten Stellung beziehen, wo die Gewalt, die Zehntausende von Opfern gefordert hat, von einem erbitterten Erinnerungskrieg begleitet wurde.

Ein jüngster Skandal in Deutschland betraf beispielsweise die jüdische und journalistisch tätige Person¹ Masha Gessen. In *The New Yorker*² verglich

* Editorische Vorbemerkung: Dieser Aufsatz wurde ursprünglich am 26. Januar 2024 unter dem Titel „Holocaust Remembrance and the Ethics of Comparison“ im Blog des *Massachusetts Review* (<https://www.massreview.org/node/11743>) veröffentlicht – an dem Tag, an dem der Internationale Gerichtshof über „vorläufige Maßnahmen“ im Fall Südafrikas gegen Israel entschied und am Tag vor dem Internationalen Holocaust-Gedenktag.

1 Gessen versteht sich als trans und non-binär (Anm. d. Ü.).

2 <https://www.newyorker.com/news/the-weekend-essay/in-the-shadow-of-the-holocaust>, letzter Aufruf: 12.9.2024.

Heike Becker

Cape Town to Berlin

Israels Krieg in Gaza, Südafrika und die strauchelnde Dekolonisierung der deutschen „Erinnerungskultur“^{4*}

Im Februar 2024 packte ich mit gemischten Gefühlen meine Koffer, um für die nächsten fünf Monate von Kapstadt nach Berlin überzusiedeln. Seit Oktober vergangenen Jahres hatte ich den deutschen Umgang mit Israels Krieg in Gaza mit zunehmender Fassungslosigkeit verfolgt. Wenngleich auch mich die Nachrichten vom brutalen Überfall der Hamas auf grenznahe Gebiete Israels am 7. Oktober schockiert hatten, wurde doch nur zu schnell klar, was Israels Gegenschlag in den Tagen, Wochen und Monaten seitdem bedeutete: Massaker an der Zivilbevölkerung in Gaza, die wiederholte Vertreibung von Menschen und die vollständige Zerstörung der Infrastruktur der Enklave, allen voran der Gesundheitsversorgung und des Schul- und Hochschulwesens.

Südafrika: Alltägliche und kreative Solidarität

Die spontane, empathische und solidarische Reaktion von Kolleg:innen, Studierenden, und Freund:innen in Kapstadt und andernorts in Südafrika half, mit dieser furchtbaren Zeit umzugehen und in kleinen Schritten gemeinsam solidarisches Handeln zu entwickeln.

Die südafrikanische Regierung legte bekanntlich Klage gegen Israel beim internationalen Gerichtshof in Den Haag ein. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu verstehen, dass dies keineswegs eine *top-down*-Entscheidung der Regierung in Pretoria war. Wahr ist vielmehr, dass Empathie und Solidarität mit den Menschen in Palästina, und speziell in Gaza, tief in der südafrikanischen Bevölkerung verankert sind. Das zeigte sich z.B. bereits im November, als allein in Kapstadt viele tausend Menschen auf die Straße

* Dieser Beitrag beruht zum Teil auf Material und Argumenten, die schon im Februar 2024 auf dem Blog der *Review of African Political Economy* veröffentlicht wurden (Becker 2024).

gingen¹ und für einen sofortigen Waffenstillstand demonstrierten. Zahlreiche große und kleine Kundgebungen, Demonstrationen, Mahnwachen usw. haben seit Oktober 2023 stattgefunden, teilweise von christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaften ökumenisch gestaltet, wie z.B. die allwöchentlich im öffentlichen Raum in den Metropolen Johannesburg und Kapstadt, aber auch in kleineren Orten, abgehaltenen *Shabbats against Genocide* der antizionistischen *South African Jews for a Free Palestine* (SAJFP) (s. Benson in diesem Heft, S. 242ff). Oft wurden solche beharrlichen Aktionen deutlich auch von Vorbeigehenden oder -fahrenden zustimmend mit „Free Palestine“-Rufen (gern mit gereckter Faust) oder Autohupen begrüßt.

Besonders berührend war die spontane Ausströmung kultureller Kreativität. Zum Jahreswechsel führte z.B. eine Theatergruppe in meinem Stadtteil in Kapstadt ein Stück mit dem Titel „Shakespeare to Gaza“ auf. Ursprünglich nur einmalig für den Silvesterabend geplant, musste die Aufführung wegen großen Zuspruchs wiederholt werden. Die Einnahmen der Theaterabende wurden dem in Palästina beheimateten *Ashtar Theatre*, sowie der international tätigen südafrikanischen NGO *Gift of The Givers* für deren humanitäres Hilfsprogramm in Gaza gespendet.

Faszinierend zu beobachten war auch die Ausbreitung einer lebhaften Bewegung kreativer Wandmalereien, die in dem historischen Muslimviertel Bo-Kaap nahe der Kapstädter Innenstadt ihren Anfang nahm, und rasch auf andere Stadtteile übergriff. In einer ersten Großaktion kamen das neugebildete Künstler:innenkollektiv *Murals for Gaza* und die Bewohner:innen eines Wohnblocks im Bo-Kaap zusammen und dekorierten das gesamte viergeschossige Gebäude in den palästinensischen Farben; mit Stolz präsentierten die Beteiligten das Ergebnis dieses kollektiven kreativen Brauurstücks als die „größte palästinensische Flagge weltweit“. Schnell folgte eine Vielzahl weiterer kreativer Wandbilder auf privaten Wohnhäusern, und anderen privaten und religiösen Gebäuden und Umfriedungen. Die visuellen Ausdrucksformen waren vielfältig. Es entstanden Abbilder hoffnungsvoller Friedenstauben, wie auch solche von trauernden Müttern und toten Kindern in zerbombten Landschaften. Dabei fehlten auch nicht Bezüge zur eigenen Geschichte. Dargestellt wurde u.a. Nelson Mandela zusammen mit palästinensischen Kindern. Mandelas Zitat, „Wir wissen allzu gut, dass unsere Freiheit unvollendet ist ohne die Freiheit der Palästinenser:innen“, tauchte auf manchen Wandgemälden auf. Es fehlte auch nicht der seit den 1960er Jahren eingeführte Slogan der säkularen wie auch der islamisch-orientierten

1 Schätzungen für die Kapstädter Großdemonstration am 11. November 2023 reichten von 50.000 Teilnehmenden (Polizeiangaben) bis zu 250.000 Menschen (Organisator:innen).

Rezensionsartikel

Reinhart Kößler

Bewältigen oder Aufarbeiten? Vom Umgang mit deutscher Vergangenheit

Susan Neiman & Michael Wildt (Hg.): *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – Die Debatte*. Berlin: Propyläen 2022, 367 Seiten

Andrew I. Port: *Never Again. Germans and Genocide after the Holocaust*. Cambridge, US-MA, & London: The Belknap Press of Harvard University Press 2023, 402 Seiten (<https://doi.org/10.4159/9780674293380>)

Jürgen Zimmerer (Hg.): *Erinnerungskämpfe. Neues deutsches Geschichtsbewusstsein*. Ditzingen: Reclam 2023, 536 Seiten

*Doch schweig ich noch von dem, was ärger als der Tod,
Was grimmer denn die Pest, und Glut und Hungersnot,
Daß auch der Seelen Schatz so vielen abgezwungen.*
Andreas Gryphius: *Tränen des Vaterlands* (1638)

Nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 und angesichts des daran anschließenden Mordens im Gaza-Streifen war und ist von verschiedenen, entgegengesetzten Seiten die Forderung nach Empathie für die Opfer und umgekehrt die Klage über deren Ausbleiben zu hören. Diese Klagen verschränken sich mit der erneuten Auseinandersetzung über die deutsche Vergangenheit. Die Rede von deren „Bewältigung“ legt die Vorstellung nahe, mit der Kanonisierung eines legitimen Gedenkens könne die Sache erledigt und abgetan werden – die Erinnerung bleibt erhalten, aber man hat sie gleichsam sicher, kodiert im rituellen Gedenken an den Holocaust. Das ist wohl auch ein nachvollziehbarer Wunsch und Bedürfnis angesichts der Schrecken, die auch die Täter:innen und ihre Angehörigen etwa auf den Schlachtfeldern der Westfront im Ersten Weltkrieg, während des Feldzugs gegen die Sowjetunion und in den Bombennächten des Zweiten Weltkrieges erlebt hatten. Die Abschließung gegenüber dieser Erinnerung ist ebenso

wie die weithin verbreitete Verdrängung und Leugnung der eigenen wie der Schuld der Eltern- und Großelterngenerationen für die meisten das Nächstliegende. Wie Andreas Gryphius' bewegende Worte angesichts der Schrecken des Dreißigjährigen Krieges unterstreichen, muss solche Verhärtung keineswegs überraschen. Wer unter solchen Umständen noch mit der Forderung kommt, es sollten weitere, zumal koloniale Großverbrechen oder andere als jüdische Opfer des Holocaust erinnert und aufgearbeitet werden, stößt auf Widerstände, die aus der angedeuteten Perspektive begrifflich sein mögen. Doch weder eine kanonische Festlegung des Erinnerns noch der häufig berufene Schlussstrich leisten das, was sie versprechen, nämlich mit der bösen Vergangenheit ein für allemal abzuschließen und nicht immer von neuem mit vernachlässigten Dimensionen des von Deutschland verantworteten Gewaltgeschehens des 20. Jahrhunderts konfrontiert zu werden.

Die Forderung nach „Vergangenheitsbewältigung“ durchzieht die deutsche Erinnerungsgeschichte nach 1945, nicht zuletzt auch in Form der nicht enden wollenden Debatte über einen „Schlussstrich“. Gegen erhebliche Widerstände konnte eine Erinnerungskultur erreicht werden, die sich vor allem angesichts der Ermordung von Millionen von Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland der düsteren Vergangenheit stellt. Auch aus internationaler Perspektive schien es sogar, als sei „von den Deutschen“ etwas „zu lernen“ (Neiman 2020). Wenn auch nicht ohne Ironie hieß es gar „Wir sind Erinnerungsweltmeister“.¹ Erfahrungen der letzten Jahre begründen da ernste Zweifel, zeigen sie doch recht scharf gezogene Grenzen auf, in die solche Erinnerungskultur gewiesen werden soll. Das war schon längere Zeit denen deutlich, die dafür eintraten, koloniale Verbrechen zu thematisieren und mit dem Verweis konfrontiert wurden, es sei unzulässig, angesichts des Holocaust von anderen Völkermorden zu sprechen (vgl. Kößler & Melber 2017: 58-68). Die vehementen Anschuldigungen vor allem wegen vorgeblichen Antisemitismus', die sich 2020 gegen den afrikanischen Philosophen und Historiker Achille Mbembe (s. Böckmann u.a. 2022) richteten und sich in den Folgejahren vor allem anlässlich der *documenta 15* 2022 in Kassel fortsetzten (s. Rothberg 2022; Ziai 2024), nahmen zusehends „postkoloniale“ Perspektiven ins Visier. Nach dem von der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel verübten brutalen Massaker hat sich diese pauschale Verurteilung in den deutschen Leitmedien und im Boulevard noch gesteigert.

Einsetzend mit der Mbembe-Affäre wurde mit der Rede von oder auch Frage nach einem „neuen Historikerstreit“ (u.a. Neiman 2022) auf den

1 <https://www.deutschlandfunkkultur.de/vergangenheitsbewaeltigung-wir-sind-erinnerungsweltmeister-100.html>, letzter Aufruf: 23.2.2024.